Deutscher Bundestag

14. Wahlperiode 10. 05. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Eva-Maria Bulling-Schröter, Rosel Neuhäuser, Carsten Hübner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/2654 –

Ressourcenverbrauch der Bundesrepublik Deutschland statistisch besser abbilden

A. Problem

Die antragstellende Fraktion ist der Ansicht, es sei sinnvoll, dass die Bundesregierung, beginnend mit dem Jahr 2001, alle zwei Jahre eine umweltökonomische Analyse über die internationalen Ressourcen- und Emissionsverflechtungen der bundesdeutschen Produktions- und Konsumtionsweise vorlegt, die in folgenden Punkten über die Daten in den bisher vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten umweltökonomischen Gesamtrechnungen hinausgeht:

- 1. Bei der Aufstellung der Entnahmen von Material und Energie aus der natürlichen Umwelt sind der Position Einfuhr, die lediglich die biotische und abiotische Gütereinfuhr enthält, Positionen hinzuzufügen, welche analog zur existierenden Aufstellung "Rohstoffentnahme im Inland" auch die nicht verwertete Entnahme von Material und Energie, die im Ausland im Zusammenhang mit der Produktion und dem Auslandstransport von durch Deutschland importierten Gütern anfällt, widerspiegeln. Dabei geht es beispielsweise um Bodenaushub, Bergmaterial oder Abraum.
- 2. Bei der Aufstellung der Abgaben an die natürliche Umwelt sind den vorhandenen Positionen Stoffausbringung, nicht verwertete Abgabe, Ausfuhr biotischer und abiotischer Güter, Abfall und Luftemissionen Positionen hinzuzufügen, welche die entsprechenden Abgaben widerspiegeln, die im Zusammenhang mit der Produktion und dem Auslandstransport von durch Deutschland importierten Gütern anfallen.

Diese Analyse diene dem Ziel, die tatsächliche Nutzung des globalen Umweltraumes durch die Bundesrepublik Deutschland statistisch besser widerzuspiegeln.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Ablehnung gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und F.D.P.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/2654 abzulehnen.

Berlin, den 4. April 2001

Der Innenausschuss

Ute Vogt (Pforzheim)

Vorsitzende

Barbara Wittig Berichterstatterin

Grietje Bettin

Berichterstatterin

Petra Pau

Berichterstatterin

Hans-Otto Wilhelm (Mainz)

Berichterstatter

Dr. Edzard Schmidt-Jortzig

Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Barbara Wittig, Hans-Otto Wilhelm (Mainz), Grietje Bettin, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig und Petra Pau

I. Verfahren

- Die Vorlage wurde in der 102. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. Mai 2000 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.
- Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 46. Sitzung am 8. November 2000 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS die Ablehnung des Antrags empfohlen.
- 3. Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat in seiner 44. Sitzung am 7. Juni 2000 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und F.D.P. gegen die

- Stimmen der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.
- Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 17. Januar 2001 gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion abgelehnt.
- Der Innenausschuss hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 4. April 2001 abschließend beraten und ihn gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen im Übrigen abgelehnt.

II. Begründung

- Zum n\u00e4heren Inhalt der Vorlage wird auf die Begr\u00fcndung seitens der antragstellenden Fraktion auf Bundestagsdrucksache 14/2654 verwiesen.
- 2. Bei der Ausschussberatung bestand bei den nicht antragstellenden Fraktionen Einigkeit, den Antrag abzulehnen.

Berlin, den 4. April 2001

Barbara WittigHans-Otto Wilhelm (Mainz)Grietje BettinBerichterstatterinBerichterstatterBerichterstatterin

Dr. Edzard Schmidt-JortzigBerichterstatter

Petra Pau
Berichterstatterin